

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Anzahlung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.60 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummern 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Reichspostämtern ange-
nommen. Im amt. Zeitungsvor-
zeichnis unter 'Saale-Zeitung' einge-
tragen. Für wertigen eingegan-
genen Manuskripten wird keine Gewähr
übernommen. Hochdruck nur mit der
Quellenangabe 'Saale-Zeitung' ge-
stattet. Fernr. der Schriftleitung Nr.
1140, der Bezugs-Abt. Nr. 1142
u. 1111, der Bezugs-Abt. Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 6609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Anzeigen
werden ö. 8gep. 34mm Br. Mil-
limeterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. berechnet u. in weiteren An-
nahmesätzen u. allen Anzeigergru-
schäften angenommen. Reklamen
die 92 mm Br. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen-Annahmeschluss vorm.
11 Uhr, für die Sonntags-Dr. ab 6
u. 11 Uhr. Abstellungen, soweit mö-
glich, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungszeit: Halle, Erfurt
1892 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a, Dr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 307.

Halle, Freitag, den 4. Juli.

1019.

Dankesworte an Hindenburg.

Ausführung der Obersten Heeresleitung.

Ministerpräsident Bauer an Hindenburg.

WTB. Weimar, 3. Juli. Umfänglich. Generalfeldmar-
schall von Hindenburg, der bereits vor einiger Zeit um Ge-
nehmigung seines Rücktritts als Abschluss des Friedens re-
schen hat, verläßt heute Koblenz. Gleichzeitig ist auch die
Oberste Heeresleitung aufgelöst worden.

Aus diesem Anlaß hat der Ministerpräsident an den
Generalfeldmarschall von Hindenburg im Namen der Reichs-
regierung folgendes Telegramm geschickt:

Im Namen der Reichsregierung lade ich Ihnen,
Herr Generalfeldmarschall, noch einmal unseren unab-
änderlichen Dank für alle Dienste zum
Besten des Vaterlandes. In Tagen der Not wurden Sie
gerufen. In Tagen noch schlimmerer Not schickten Sie
Ihre Aufgaben ab. Wie die wir im Zwange der Pflicht
auf unserem Posten bleiben müssen, werden immer ein
großes Vorbild in der Art sein, wie Sie die Pflicht
gegenüber dem Vaterlande höher stellen, als persönliche
Gefühle und Anschauungen. H. Bauer.

Koste an Hindenburg.

„Der Grundstein für das neue Haus.“

WTB. Berlin, 3. Juli. Reichsminister Koste hat an den
Generalfeldmarschall von Hindenburg folgendes Telegramm
geschickt:

Generalfeldmarschall von Hindenburg, Koblenz.
An dem Tage, an dem Sie den Oberbefehl nieder-
legen, ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen, Herr Feldmar-
schall, im Namen der neuen deutschen Wehrmacht den
herzlichsten und unaussprechlichen Dank des
Vaterlandes für Ihre treu geleisteten Dienste auszu-
sprechen. Wie Sie als ungetrübter Feldherr unsere Heere
in den besten Jahren geführt haben, wird unvergessen
in der Geschichte fortleben. Besonders aber muß
Deutschland Ihnen dankbar sein für die Mühe und Sorg-
falt, mit der Sie in der letzten schweren Zeit die mit-
schweren Geschäfte unserer Vaterlands geleitet haben. Sie
haben damit den Grundstein gelegt, auf dem unser
Volk in hoffentlich nicht allzu fernem Zukunft sein neues
Haus bauen wird, indem dann unsere Kinder und Enkel
wieder mit Stolz und Freude aus Deutsche sein können.
In dieser sicheren Zukunftshoffnung möge Ihnen, Herr
Feldmarschall, noch ein langer, von dankbarer Verehrung
des deutschen Volkes getrauerter Lebensabend beschieden
sein. H. Reichswegminister Koste.

Drozdorff-Kanau hat Berlin verlassen.

WTB. Berlin, 3. Juli. (Drahtnachricht.) Der bis-
herige Reichsminister des Innern, Graf Drozdorff-
Kanau hat heute Berlin verlassen und sich auf seinen Besitz
nach Schleswig-Holstein begeben.

Die Truppenstärke in Berlin.

Berlin, 3. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Wie
wir von zuverlässiger Seite hören, entspricht die Anzahl
von Truppenkonzentrationen in Berlin nicht den
Erfordernissen. Schon seit den Januarmanövern befinden sich
in und um Berlin große Truppenkörper, die jederzeit
bereit sind, bei etwaigen Unruhen einzugreifen. Dies
ist bekanntlich nicht nur in Berlin der Fall. Auch in der
Rähe von München, sowie im westfälischen Gebiet stehen
teils besondere Truppenformationen zur Verfügung
der Regierung. Es haben nicht nur keine Truppenzu-
sammenschließungen in Berlin stattgefunden, sondern es
sind im Gegenteil mehrere Teile der Reichswehr, die in
Erwartung einer Fortsetzung des Eisenbahnstreiks in
Berlin eingetroffen waren, wieder in ihre Standorte
überhalb der Stadt zurückgezogen worden.

Einigungsversuche im Berliner Verkehrs- streik.

Die Streikfrage.

Berlin, 3. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der
Groß-Berliner Vollstadtrat, dessen erster Vermitt-
lungsversuch infolge der Erklärung des Reichsber-
eitungsministers scheiterte, hat heute einen neuen Schritt
unternommen, um den Streik bei den Verkehrsinstan-
zen beizulegen. Morgen nachmittags 2 Uhr findet im
Bureau des Vollstadtrates, in den Zellen, eine Ver-
sammlung statt, zu der Vertreter sämtlicher Behörden,
der Reichsberichterstattung, die Leiter der Ver-
kehrsunternehmungen und die Vertreter der strei-
kenden Angestellten eingeladen werden sollen. Diese
Verhandlungen sind weder von einer der an dem Streik
zunächst interessierten Parteien, weder von den Arbeit-
gebern, noch von den Arbeitnehmern angesetzt, sondern
sollen lediglich eine unparteiische Mediation des Reichs-

zugeschrieben, die den Zweck verfolgen soll, das angren-
zende Verkehrsland zu beilegen. Es ist zu hoffen,
daß es bei diesen Bemühungen zu einer Einigung
kommen wird und daß der Verkehr in Kürze wieder
ausgenommen werden kann.

Die heutige Streikfrage ist folgende: Straßen-
bahn, Hoch- und Untergrundbahn, sowie
die Dampfschiffe liegen noch nutzlos in den Bahnhöfen
und Depots. Das Bild hat sich seit gestern nicht
geändert. In den Kreisen der Streikenden scheint
sich eine gewisse Nachgiebigkeit bemerkbar zu machen,
jedoch ist man dort der Ansicht, daß die Gesellschaften
bei ihrer jeder Verhandlung abgewiesenen Haltung nicht
verharrten können. In den meisten Wagenverkehr ist
eine gewisse Ordnung gekommen. Die Preise haben
einen merklichen Abbau erfahren, was wohl auf den
Widerstand des Publikums zurückzuführen ist, das den
hohen Forderungen mancher Wagenführer energisch ent-
gegenzutritt. Der Verkehr nach den Vororten wird, wenn
auch unregelmäßig und in erheblichen Zeitabständen,
durchgeführt. In der Rähe des Wannenseebahnhofes steht
vor Abgang eines jeden Zuges eine große Men-
schenmenge. Städt- und Ringbahn liegen noch still und
dürften erst in drei bis vier Tagen in Betrieb gesetzt
werden. Der Mangel an brauchbaren Lokomotiven
macht sich sehr unangenehm bemerkbar.

Das Ende der schwarz-weiß-roten Reichsfahne.

Weimar, 3. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) In
der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde
über die Reichsfarben abgestimmt. Der Antrag der
Unabhängigen, die rote Färbung als Reichsfarbe zu wäh-
len, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen ab-
gelehnt. Ueber die Anträge der Rechten und des größ-
ten Teiles der Demokraten: „Die Reichsfarben sind
Schwarz-Weiß-Rot“ wurde namentlich abgestimmt. Es
wurden 90 Stimmzettel abgegeben, davon 110 für, 90
gegen die Anträge, bei 5 Stimmenabwesenheit. Somit
waren die Anträge abgelehnt. (Siehe auch den Bericht
über die Nationalversammlung, S. 10.)

Hollands Bereitschaft zum Handel mit Deutschland.

Haarlem, 3. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die In-
formation meldet aus Rotterdam: In der deutsch-hollän-
dischen Grenze liegen für über 200 Mill. Gulden Lebens-
mittel und Rohstoffe zur Auswahl nach Deutschland bereit.
Man erwartet jeden Tag die Freigabe der Einfuhr nach
Deutschland. In Holland sind zahlreiche deutsche Großhän-
dler eingetroffen, um Lebensmittel für Deutschland einzukau-
fen.

Größere amerikanische Kredite für Deutschland?

WTB. Amsterdam, 3. Juli. (Drahtnachricht.) Der
Parlamentarische Redakteur des „Daily Mail“, berichtet, es ver-
lautete gerüchelt, daß die Vereinigten Staaten bereit seien,
Deutschland größere Kredite für Warenaufkauf zu gewähren,
sobald die Blockade aufgehoben sei.

Bergarbeiterstreik in Frankreich?

Paris, 3. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Minne-
konferenz aus Paris: Der Ausschuh der Gewerkschafts-
vereinigungen Frankreichs teilte gestern dem Arbeitsminis-
terium mit, daß bereits sämtliche Endkriterien der Bedingungen
der Arbeiter absehend und beschlossen wurde, den Streik
mit aller Energie fortzusetzen.

Massenauswanderung aus Amerika.

Bern, 3. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer
Meldung der Neuen Zürcher Zeitung aus Washington haben
schon 1300 000 Nichtamerikaner nach Beendigung des
Krieges emigriert, wieder aus Amerika auszu-
wandern. Der größte Teil davon wird nach seiner
Heimat zurückkehren.

Admiral von Reuter nur Deutschland verantwortlich.

WTB. Berlin, 3. Juli. Von zutüftlicher Seite wird
erklärt: Die Anklage des kaiserlichen Kommandanten vom
25. Juni, Admiral von Reuter sei vor einigen Wochen in
Berlin gewesen, ist frei erfunden. Reuter ist vielmehr nur
von Mitte Dezember bis Mitte Januar in Deutschland auf
Holland gewesen. Auch die Behauptung, die Zerstückung der
Schiffe stelle einen Verstoß gegen englische Kriegsgesetze dar,
der mit dem Tode bestraft werden könne, ist unrichtig. Es
handelt sich um deutsche Kriegsmaterial, dessen Zerstückung
unabhängig der Bestimmungen des Völkerrechts, den
Deutschen jederzeit freistand, sofern sie es Deutschland gegen-
über rechtfertigen konnten.

Wann wird ratifiziert?

Allgemeiner Friede oder Sonderabkommen?

—Gr. Berlin, 3. Juli, 1919.

Wann wird der Versailleser Friede ratifiziert, also wirk-
licher Friede sein? Zuerst hier es, man müsse sich mindestens
drei Wochen gebüden. Nun wurden nur noch 14 Tage ge-
geben. Die Ratifikation liegt bereits als Geheißort im
englischen und französischen Parlament. Aber in Frankreich
taucht eine Schwierigkeit nach der andern auf. Die betreffende
Parlamentskommission will einfach nicht zustandekommen.
Der linke Flügel der französischen Sozialisten hatte die Abge-
ordneten Longuet und Wianeros in diese Kommission ent-
sandt. Aber das paßt der Rechten wieder nicht. Die Namen
der grimmigen Vertragsfeinde wurden getilgt und zwei
andere Abgeordnete hineingewählt, von denen jedoch einer
sich sofort weigerte, an der Ratifikation des Schönbrunn-
vertrages teilzunehmen. Möglich erklärten auch neun andere
Abgeordnete, darunter Sembert, Thomas, Milrat ihren
Austritt. Nun ist der ganze Ausschuh neu zu wählen. Das
wird ungefähr eine Woche dauern. Niemand freut sich über
diese Verschiebung mehr als Clemenceau. Er hat zwar der
deutschen Regierung mitgeteilt, die Blockade solle sofort auf-
gehoben werden, wenn die deutsche Ratifikation des Friede-
sonderrates vorliegt. Aber der getilgte und grauamliche
aller Ententeblätter weiß ganz genau, daß die Aufhebung
der Blockade auf dem Papier steht, solange Amerika und
England das Verbot des Handels mit dem Feind aufrecht er-
halten. Und das tun sie, solange sie nicht ratifiziert haben.
Besonders Amerika wird nicht so schnell ratifizieren. Hier
sind noch schwerere innere Kämpfe bevor. Solange sie nicht
ausgetragen sind, ist Deutschland der Leidtragende. Nun
bestimmt der Friedensvertrag selbst, daß er in Kraft tritt,
sobald Deutschland und drei Hauptmächte der Alliierten die
Ratifizierung in Paris zu Protokoll gegeben haben. Ange-
nommen, England und Frankreich sind in vierzehn Tagen
soweit, wer ist dann der Dritte im Bunde? Italien?

In Rom hat man noch derartig harte Anzeichen, daß
das eine baldige Ratifizierung kaum zu denken ist. Käme
also nur noch Japan in Betracht. Aber Japan wird, da
China nicht unterworfen ist, und in schärfster Opposition
gegen die Ansprüche Tokio verharret, keinerlei Schritt ohne
weiteres gemittelt sein, den Versailleser Vertrag zu ratifizieren.
Und selbst wenn sich drei gegnerische Hauptmächte zu einer
zähen Ratifikation zusammenfinden, hat dann Deutschland
den Frieden, der ihm versprochen wurde und den es bei den
schwierlichsten Bedingungen nur angenommen hat, weil es
ein voller, wirklicher und allgemeiner Friede sein soll?
Es heißt im Versailleser Vertrage, der Friede sei für die später
kommenden Mächte gültig, wenn sie die Ratifikation einge-
reicht haben. Solange kann Deutschland nicht warten! Es
muß also zu Sonderverträgen kommen und damit ist der
ganze Sinn des Versailleser Friedens und des ihm zu grunde-
liegende Londoner Pakts hinfällig. Uns kann's ja recht sein,
wenn die Entente auf diese Weise bald auseinanderbricht.
Es fragt sich nur, wie sich die neuen Sonderbeziehungen zu
bisher feindlichen Ländern gestalten und ob Deutschland auf
diesem Wege rasch zu einer Erholung kommt. Die Opposi-
tion im Senate zu Washington verlangt, daß Amerika keine
wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland künftighin ganz
selbständig regeln und nicht auf dem Umwege über den
Versailleser Vertrag. Dringt die Opposition durch, so können
wir unmittelbar mit Amerika in Sonderverhandlungen ein-
treten und die amerikanischen Schiffe werden kommen und
gehen, wie sie wollen. Keine französische Überflucht und kein
englisches Maßgebend wird sie hindern. Man wird sich in
Paris und London hüten, auf dem Schein von Versailles
zu bestehen, — um den Preis einer zerbrochenen Freundschaft.
Wenn also auch die Alliierten ratifizieren auf sich warten
läßt, ja gerade weil sie es tun, kann die deutsche Diplomatie
sich rüsten, um die Friedensdienste an Versailleses vor-
bei zu schieben. Nicht alle Staaten werden es ihr so schwer
machen wie gerade Frankreich. Paris will nur noch einen
Geschäftsträger, keinen Posthofsbesitzer mehr nach Berlin schicken,
angeblich wegen der unsicheren Zustände in Berlin. Aber
dazu ist zu sagen, daß man auch in Deutschland in diesem
Punkte sehr zurückhaltend denkt. Schon für den Grafen
Drozdorff stand es in Versailles fest, daß wir vorläufig in
Paris am besten mit einem Chargé d'affaires auskommen,
der sich alles sagen läßt, der aber selbst keine besonderen
Rücksichten zu kennen braucht. Und anler neuer Außen-
minister Hermann Müller ist sicher auch für solche Ver-
hältnisse. Erkt wollen wir doch einmal sehen, wie der Friede
dennoch läuft.

Deutsch-Oesterreicher in Weimar.

WTB. Weimar, 3. Juli. (Drahtnachricht.) Die nach Berlin und Weimar entsandten Volksratsmitglieder von Bund der Reichsdeutschen in Deutsch-Oesterreich, Prof. Dr. Franz und Frau hatten heute Gelegenheit, mit den Reichsdeutschen in Weimar über die Fragen der Mitwirkung der Reichsdeutschen an der Reichsarbeit zu plärieren und haben allseitige Zustimmung gefunden. Spätere Beratungen sollen die Durchführung der einzelnen Fragen regeln.

Ein Arbeitsprogramm für das Reichsministerium.

WTB. Weimar, 3. Juli. Das Reichsministerium beschäftigt sich in der heutigen Kabinettsitzung mit der Feststellung des Arbeitsprogramms.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 3. Juli. 45. Sitzung. Am Regierungstisch: David, Müffel.

Präsident Hebrich eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15. Die Anliehenschrift für das Jahr 1918 und die Anliehenschrift für die Schutzgebiete 1918 wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Die Reichshaushaltungen für 1918 und 1917 werden ohne Debatte an einen Ausschuss zur Berichterstattung überwiehen. Die zweite Beratung des Entwurfes eines Verfassung des Deutschen Reiches wird fortgesetzt.

Artikel 4 und 5 werden nach unerheblicher Debatte angenommen. Ebenso Artikel 6, der dem Reiche die ausschließliche Gesetzgebung über die Beziehungen zum Ausland, das Kolonialwesen, die Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Einwanderung und Auslieferung, die Währungsfrage und das Münzwesen, das Postwesen und das Post- und Telegraphenwesen einschließlich des Fernpostwesens zuweist.

Zu Artikel 7 liegt ein Änderungsantrag Dr. Altschlag (Dem.) vor, der die Streichung dieses Artikels, der dem Reiche die ausschließliche Gesetzgebung über Abgaben und sonstige ganz oder teilweise für Reichszwecke in Anspruch genommene Einnahmen zuweist, vorschlägt. In einem neuen Artikel 8 des Antragstellers ist das Wort „ausschließliche“ gefallen. Abg. Heim (Centr.): Der Artikel 7 gibt dem Einzelstaat viel Gewalt. Er ermöglicht ihm jeden Widerstand, der Einzelländer radikal zu brechen. So weitgehende Kompetenzen dürfen wir dem Reiche nicht zuweisen.

Reichskommisnar Dr. Frensh: Der Entwurf beruht auf monatelangen Verhandlungen, wobei auf die Wünsche der Einzelstaaten in weitgehendem Maße Rücksicht genommen wurde, und führte zu einer vollkommenen Übereinstimmung mit den Einzelstaaten. Die Verfassung ist nicht extrem föderalistisch, aber auch nicht extrem zentralistisch. Die Erfahrungen zeigen, daß nur, wenn wir uns als Einheit betrachten, wir aus dem Elend herauskommen. (Gebr. richtig!)

Das Haus beschließt nach dem Antrag Altschlag. Darauf finden die getrennt ausgearbeiteten namentlichen Abstimmungen über die Reichsorgane (Artikel 8) statt. Die Art. 8 bis 10 werden unter Ablehnung des Antrages Graf Dohna mit großer Mehrheit angenommen, ebenso Art. 11.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird Art. 12 unter Ablehnung eines unabhängigen Antrages in der Ausschlußfassung angenommen; ebenso die Art. 13 bis 16 und nach einer längeren Diskussion darüber, ob die Grundzüge für die Wahlen zur Volksvertretung auch für die Gemeindevahlen gelten sollen, auch Art. 17.

Bei Art. 18 (Gliederung des Reiches in Länder) ernennt Vizepräsident Schumann daran, daß für diesen Artikel eine längere Debatte bewilligt sei. Es hätten sich jedoch schon neun Redner gemeldet. Die Beratung des Art. 18 wird deshalb ausgesetzt. Art. 19 wird unternommen angenommen. Art. 20 wird angenommen. Zu Art. 21 beantragt Abg. Franz (Deutsch.) die Festlegung des Wahlalters auf das 20. Lebensjahr zu rücken und sie dem Reichswahlgesetz zu überlassen.

Abg. Dr. Heine beantragte für den Fall der Ablehnung dieses Antrages, das Wahlalter auf 24 Jahre festzusetzen.

Abg. Fraulein Behm (Deutsch.) befürwortet eine Senkung des Wahlalters.

Abg. Hartmann-Berlin (Dem.): Man darf die jungen Leute vom 20. bis 24. Lebensjahre nicht vom politischen Leben fernhalten.

Abg. Hammermann (Deutsche Vp.): Wir beantragen gleichfalls die Senkung des Wahlalters.

Abg. Frau Hauke (Soz.): Aus Dankbarkeit schon müßte man den jungen Kriegern das Wahlrecht geben.

Abg. Frau Juch (U. S.): Die Profetierjugend hat eine so furchtbare Schule durchgemacht, daß sie mit 20 Jahren für das Wahlrecht reif ist.

Die namentliche Abstimmung über Art. 21 wird bis morgen ausgesetzt. Zu Art. 21 beantragten die Deutschen die Wahldauer von 5 Jahren.

Abg. Oberjohren (Deutsch.) begründet den Antrag.

Abg. Grünwald (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Partei für den deutschnationalen Antrag.

Abg. Heine (Deutsche Vp.) erklärt, daß auch die Deutsche Volkspartei dem deutschnationalen Antrag beipflichtet.

Die Abg. Stabenitz (Soz.) und Warm (U. S.) setzen sich für die dreijährige Wahlperiode ein.

Die namentliche Abstimmung über den Art. wird für morgen verschoben. Fortsetzung: Freitag, 2 Uhr. Schluß 1/9 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 2. Juli. Präsident Reinert eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 22 Minuten.

Beim Justizetat wird der Titel Ministergeschalt bewilligt, ebenso der Rest der Ausgaben. Ein Antrag der Deutschnationalen, wo-

nach alle Reichsämter nach 15-jähriger Dienstzeit, und zwar unter doppelter Anrechnung der Kriegsjahre, das Volontariat erhalten sollen, wird angenommen, ebenso eine Reihe von Minderungen und Aufschubentscheidungen.

Es folgt die zweite Lesung des Handels- und Gewerbestats.

Abg. Dr. Jäger (Str.) richtet an die Regierung die förmliche Anfrage, welche schwebenden Maßnahmen der Reichsregierung zu verhängen. Viele Arbeiter hätten für sie ihre Spargroschen hingebend. Mängelgelder seien in großem Umfang in Kriegszeiten angelegt worden.

Unterstaatssekretär Reuchau s erwidert, die Ermäugungen über die zu treffenden Maßnahmen ständen nicht über dem Abschlus.

Abg. Dr. Leibig (D. Vp.) befürwortet die staatliche Förderung des Mittelstandes.

Abg. Wolf (Soz.) befragt die Anknüpfungen des Unternehmertums, das sich über die Grundzüge der Moral hinwegsetzt habe.

Abg. Dr. Jäger erklärt die Berechtigung des Zentrums, an einer verträglichen Sozialisierung mitzuwirken.

Freitag 1 Uhr: Fortsetzung; erste Lesung der Gemeindeverfassungsvorlage.

Abg. 6 Uhr.

Der Streit im Frankfurter Bezirk.

WTB. Frankfurt a. M., 3. Juli. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: Zu dem bereits gemeldeten Eisenbahnerstreik in Frankfurt ist noch zu melden, daß der Betrieb eingestellt ist mit Ausnahme der Züge, die in besetzte Gebiete fahren. Es soll versucht werden, den Betrieb notwendig durch gesuchte Beamte aufrechtzuerhalten. Die Frankfurter Beamtenhaft hat sich mit Rücksicht auf die Notlage des Volkes auf Grund früherer Beschlüsse entschieden, nicht in den von Deutschen Eisenbahnerarbeitern, Ortsgruppe Frankfurt a. M., beschlossenen Streik einzutreten. Die Leitung der Eisenbahndienst-Gewerkschaft weist darauf hin, daß im ganzen Direktionsbezirk über 50 000 Beamte und Eisenbahnerbeschäftigte sind, von denen sich nur 8 750 für den Streik erklärt haben. Von dieser Zahl kommen aber weitere 3 200 Mann in Abzug, die in den Verhältnissen am Nied arbeiten, die best. sind.

In Frankfurt ruht der Verkehr.

WTB. Frankfurt a. M., 3. Juli. Der Eisenbahnverkehr ist seit heute früh 6 Uhr infolge des Ausstandes der Eisenbahner vollkommen eingestellt worden, bis auf die Züge, die nach dem besetzten Gebiet fahren, u. a. Kompagnationen mit der Fronte zu vermeiden. Aus dem besetzten Gebiete arbeiten die Hauptverkehrsstellen in Nied, die im besetzten Gebiet steht. Die wichtigsten Lebensmittelzüge und die Züge mit lebendem Vieh werden durch die Streikleitung befördert.

Köln als Sitz der Waffenstillstands-Kommission.

WTB. Berlin, 3. Juli. Marshall Foch ließ der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa mitteilen, der internationalen Waffenstillstandskommission werde als zukünftiger Sitz Köln auszuwählen werden. Als Sitz für die deutsche Kommission schlug er Düsseldorf vor.

Eisenbahnminister Oester über schwebende Fragen.

Zu Sicherung auf Einführung der Betriebsräte.

WTB. Berlin, 3. Juli. Einem Vertreter des WTB. gegenüber äußerte sich der Minister der öffentlichen Arbeiten Staatsminister Dr. Oester über die schwebenden Fragen u. a. folgendermaßen:

Die Staatsbahn ist Bestimmung des gesamten Volkes. Demgemäß sind auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Staatsbahn Besatzung des Volkes und nicht einer kapitalistischen Unternehmung. Ihre Tätigkeit hat dem Volkswohl selbst zu gelten. Von diesem Gesichtspunkte aus ist das Sinecristat fortwährend zu beurteilen. Ich wünsche auch im Verwaltungsinteresse geordnete Verhältnisse, und die Verträge muß eine einheitliche, aus dem öffentlichen Leben hervorgehende sein. Ich bin dementsprechend bereit, die Betriebsräte im Rahmen der reichsgesetzlichen Regelung auch für die Staatsbahnen einzuführen. Das große Volkswohl ist die höchste Aufgabe der Staatsbahn. Die gesamte Verwaltung zu durchdringen hat. Alle Verhältnisse sind sich darüber klar, daß wieder Werte erzeugt und nicht Werte zerstört werden müssen.

Die Ausschreitungen in Spa.

WTB. Berlin, 3. Juli. General von Hammerstein hat der belgischen Mission in Spa eine Note zugehen lassen, in der er den General Delobbe bittet, sich persönlich dafür einzusetzen zu wollen, daß der deutschen Mission wegen der gegen sie begangenen schweren Ausschreitungen in kürzester Frist Genugtuung zuteil werde. Die lokalen Behörden treffen in erster Linie die Schuld, den groben Verletzungen des internationalen Völkerechts und der der Kommission zuteilenden Immunität nicht rechtzeitig vorgebeugt zu haben.

2000 deutsche Kriegsgefangene aufständisch.

WTB. Amsterdam, 3. Juli. „Daily Chronicle“ meldet, daß am 2. Juli 2000 deutsche Kriegsgefangene im Gefangenenlager von Osneston aufständisch wurden. Da sie ihre Wittagsration nicht rechtzeitig erhalten hätten, hätten sie sich geweigert, zum Appell zu kommen. Sie bewaffneten sich mit schweren Säcken und drohten, in Massen anzugreifen. In aller Eile kamen englische Verpfändungen von einem anderen Lager an und unterdrückten mit aufgeschlagenen Bajonetten den Aufstand.

Beglen begrüßt die Bevölkerung der eroberten Gebiete.

WTB. S. J. Juli. Der Minister des Krieges, Bruns, hat in der Kammer den Friedensvertrag eingehend besprochen. Am Schluß der Rede, die er bei diesem Anlaß hielt, begrüßte der Minister die Bevölkerung von Moranz, Malmedy, St. Elix und Capen.

Die Auslieferungfrage.

WTB. Amsterdam, 3. Juli. Der Saager Berichterstatter des „Telegraf“ meldet, man sei in Stellen der holländischen Regierung darauf vorbereitet, daß die Frage der Auslieferung des früheren deutschen Kaisers jetzt in ein entscheidendes Stadium trete. Der Berichterstatter hätte eine Unterredung mit einem hochgestellten Persönlichkeit, die ihm u. a. mitteilte: Dem Kaiser und dem Kronprinzen habe es vollständig getraut, Holland zu verlassen, und ihre Abreise würde der Regierung durchaus nicht unangenehm sein. Nur eine politische, unvorhergesehene Abreise von der niemand etwas wissen würde für Holland den unangenehmen Charakter haben. Wenn der Kaiser abreißen sollte, und ein Ereignis um seine Auslieferung denkbar wäre, die Abreise verweigert werden würde. Er würde nach dem Auslieferungsgesetz auf Erden einer fremden Regierung anzuhalten werden können. Über dieses Erden um Auslieferung müßte innerhalb einer bestimmten Zeit entschieden werden. Die Frage der Auslieferung selbst werde einen reinlich juristischen Charakter haben. Nach dem Gesetz müßte darüber das Gutachten des Gerichtshofes eingeholt werden, in dessen Rechtsgebiet der Kaiser sich befindet. Für den Kaiser würde daher, da er in Amerongen wohne, der Gerichtshof in Utrecht in Betracht kommen, und es dessen Gutachten abgesehen werde, müßte der Kaiser vom Gerichtshof gehört werden. Die Regierung habe die Absicht, ihn freilich auf den juristischen Standpunkt zu stellen, und es sei gelinde gesagt, sehr zweifelhaft, ob die Auslieferung genehmigt werden würde.

Rumänien verlangt Bessarabien.

WTB. Paris, 3. Juli. In diplomatischen Kreisen heißt es: Im Laufe der Verhandlungen über den Vertrag von Bucharest, der die Rückgabe der Bessarabien an Rumänien Bessarabien, Marlowa erklärte, daß nur die juristische Konstante über das Bessarabiens entscheiden dürfte, da es bis 1914 zu Rumänien gehörte.

Erste Ansuchen in italienischen Städten.

WTB. Amsterdam, 3. Juli. Laut „Telegraf“ melden „Times“ aus Mailand, daß am 1. Juli in Florenz und anderen großen italienischen Orten in Zusammenhang mit der Erneuerung der Ansuchen gegen die Regierung. Viele Ansuchen wurden gelehrt und zerstört. Es kam zu heftigen Schieberellen.

Deutsches Reich.

Emonts als Vertreter unter englisch-amerikanischen Besatzungstruppen.

WTB. Berlin, 3. Juli. Die „B. Z.“ veröffentlicht den Brief des Sanbeamten Emonts, der die Verantwortung für dessen Verhaftung gegeben hat. Es geht daraus hervor, daß Emonts unter den englischen und amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland holländische Agitation betrieben hat.

Ausland.

Englands Koalition vor kritischen Tagen.

WTB. Amsterdam, 3. Juli. Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Herald“ schreibt, die Koalition stehe vor kritischen Tagen, da sich 150 Mitglieder gegen die Nationalisierungspläne der Regierung auflehnen. Das Kabinett vertritt bereits Zeichen von Schwäche. Man glaubt, daß Bonar Law vertritt, daß die Regierung Verfassungsanträge, die für die Abänderung des Gesetzwerkes über die Verhaftung des Kohlenbergens notwendig seien, in sehr enger Beratung nicht und wahrscheinlich annehmen werde. Dies würde auf die Kapitalisten der Regierung vor den Bergbauinteressen hinauslaufen. Wenn die Gesetzesvorlage abgelehnt würde, so würde Lloyd George sich damit den Tories vollständig auslösen lassen. Wenn andererseits Lloyd George seinem Versprechen treu bleibe, so würde die Tory-Mehrheit gegen ihn rennen.

Amerikanische Entrüstung über russische Repressalien.

WTB. Washington, 2. Juli. (Havas.) Das Staatsdepartement notifizerte der russischen Sowjetregierung, daß die Repressalien gegen die Amerikaner in Russland Entrüstung und Feindschaft gegen die Sowjetregierung in den Vereinigten Staaten hervorgerufen.

Deutscher Reichstag über Kriegskredite.

WTB. Wien, 2. Juli. Kurz-Biro. In der Nationalversammlung brachte die Regierung ein sechsmonatliches Budgetprovisorium ein, das gleichzeitig eine Kreditverpflichtung von 2 Milliarden Kronen enthält, sowie zwei weitere Vorlagen, die die Sicherstellung und die Deutung der von Frankreich, England, Italien und Amerika gewährten oder noch zu gewährenden Lebensmittel oder Rohstoffkredite betreffen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 4. Juli 1919.

Das Urteil im Prozeß gegen die Mörder des Oberstleutnants v. Klüber.

Zodestrafte für Bauer.

Halle, 3. Juli. Als der Gerichtshof sich zur Urteilsfällung zurückgezogen hatte, ergab sich, daß in dem Antrag der Geschworenen,路易 der Angeklagte Bauer in Frage kam, die Frage zu fünf zweimal beantwortet worden war. Der Vorsitzende machte auf diesen Fehler aufmerksam und die Geschworenen zogen sich nochmals zur Rücksichtnahme zurück. Dann wurde der Gesamtvorsitz der Geschworenen durch den Obmann verkindet und ebenso wurde er den Angeklagten mitgeteilt. Hiermit sah sich der Gerichtshof zur Weiterberatung des Urteils nochmals zurück. Am 4. Uhr nachmittags wurde das Urteil verkündet. Der Vorsitzende las dabei eine Folgende aus: Durch den Widerspruch der Geschworenen steht fest, daß Bauer des Mordes schuldig ist, begangen in Todeshaft mit schwerem Bandenbruch. Es gibt auf Nord eine Strafe: die Todesstrafe. Die ist zu verbüßen und auf dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen. Der Angeklagte Mauer ist freizusprechen.

